

Bezugspreis: Vierteljährlich 4.- M., monatlich 1.- M. frei ins Haus, sofern zahlbar. Postbezug: Monatlich 1.- M., zzgl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Litauen 1.25 M., für das übrige Ausland 1.50 M., bei täglich einmaliger Zustellung 2.25 M. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Welt“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Morosplatz, Nr. 15190-15197.

Montag, den 28. Juli 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Morosplatz, Nr. 11753-54.

Streikabbruch in Oberschlesien.

In Kattowitz fanden am Sonntag erneute Verhandlungen mit den Streikenden der Lichtwerke Chorzow und Haborze statt, nachdem vorher im Gebäude des Berg- und Hüttenmännischen Vereins in Kattowitz Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband stattgefunden hatten. Der Arbeitgeberverband hatte alle Forderungen abgelehnt. Als dieser Bescheid der Versammlung bekanntgegeben worden war, wurde zunächst die offizielle Verhandlung abgebrochen. In diesem kritischen Augenblick machte der Vertreter des Staatskommissars, Dr. Gotthilf Kattowitz, den Streikenden den Vorschlag, die Arbeit angesichts des Ernstes der Stunde wieder aufzunehmen und eine Delegation von drei Arbeitern aus einem jeden Werke nach Berlin zum Arbeitsminister zu entsenden. Dieser Vorschlag wurde unter der Bedingung angenommen, daß Dr. Gotthilf bereits am Montag mit jenen sechs Arbeitern nach Berlin zum Arbeitsminister fährt. Der Streik wurde daraufhin abgebrochen. Das Licht ist seit Sonntag nachmittag wieder eingeschaltet.

Otto Bauers Nachfolger.

Wie die Blätter melden, werde Unterstaatssekretär Pflügel die Geschäfte der äußeren Politik fortführen. Falls die Anwesenheit Pflügels wegen der Kiroler Frage in St. Germain sich als notwendig erweisen sollte, dürfte nach Ansicht der Blätter der österreichische Gesandte im Haag, Franz, der vom Staatskanzler nach St. Germain berufen worden sei, mit der provisorischen Stellvertretung im Außenamt bis zum Friedensschluß betraut werden. Erst nach Rückkehr des Staatskanzlers nach Wien sollen die Veränderungen im Staatsamt des Äußeren vorgenommen werden.

Eine holländische Zeitung über Bauers Programmrede.

„Nieuwe Courant“ schreibt, Reichsminister Bauer könne mit Grund ein guter Vertreter des heutigen deutschen Volkes genannt werden. Er sei nüchtern, verständig, ruhig und eifrig, heimbürglich, aber ehrlich. So sei auch die deutsche Politik; ehrlich und guten Willens, aber ohne weilen Horizont. Das deutsche Volk sei erschöpft; man müsse Bauers Rede loben, weil sie sich auf den Boden der Wirklichkeit stelle und anerkenne, daß Deutschland zurzeit nicht viel mehr tun könne, als für sein tägliches Brot zu arbeiten. Mit dieser Wirklichkeit wollten sich die Unabhängigen nicht beruhigen. Das sei töricht, denn der 21. Juni habe von neuem bewiesen, daß das Entente-Proletariat für die deutschen Kameraden keinen Finger rühre. „Nieuwe Courant“ ist überzeugt, daß das Land eines Kant und Luther geistig nicht lange in der jetzigen Dunkelheit bleiben könne.

Neue Streikgefahr in Stettin.

Wie die W. B. N. aus Stettin erfahren, droht dort in aller nächster Zeit wieder ein Streik der Fabrikarbeiter. Die Arbeiter verlangen, daß ihnen die letzten Streiktage bezahlt werden.

Das Privateigentum der Auslandsdeutschen. Note an Frankreich.

Die deutsche Regierung hat in Versailles eine Note überreichen lassen, in der sie anfragt, ob von den alliierten Regierungen eine Enteignung des von den beim Ausbruch des Krieges nach Deutschland geflüchteten Auslandsdeutschen zurückgelassenen Privateigentums, wie Möbel usw., beschlagnahmt ist. Unsere Regierung weist auf die Härte einer solchen Maßregel hin und bittet, sie zu unterlassen. Die Note schließt: „Die deutsche Regierung gibt sich der Hoffnung hin, daß sich die alliierten und assoziierten Regierungen diesen Erwägungen nicht verschließen werden und daß sie, wie die Liquidation des deutschen Privateigentums auch sonst immer geregelt werden mag, schon jetzt bereit sind, hinsichtlich der Gegenstände der bezeichneten Art die Verschönerung mit Liquidationsmaßnahmen zuzusichern. Eine solche Zusage würde zahlreichen Personen aus minderbemittelten Kreisen die beruhigende Aussicht eröffnen, daß sie zum mindesten diejenigen Gegenstände, deren sie besonders dringend bedürfen oder an denen sie besonders hängen, in naher Zeit zurück erhalten.“

Englands Wirtschaftslage.

In einer in Plymouth gehaltenen Rede sprach Esquith über den Ernst der Wirtschaftslage Englands. Er erinnerte daran, daß sich die englische Nationalschuld während des Krieges ungefähr verdoppelt hat und daß in den nächsten Jahren Ausgaben von etwa 800 Millionen Pfund Sterling bestritten werden müssen.

Der englische Bergwerksstreik. Die Verhandlungen zwischen dem Vollzugsausschuß der Bergleute und der Regierung haben zu dem Ergebnis geführt, daß der Streik über die Bedingungsarbeiten auf Grund der von der Regierung vorgeschlagenen Formel beigelegt worden ist.

Der internationale Gewerkschaftskongress. Belgiens Verteidigung.

In der gestrigen Nachmittagsitzung der Vorlesung des Internationalen Gewerkschaftskongresses antwortete der Vorsitzende des Allen Internationalen Gewerkschaftsbundes Legien auf die von belgischer Seite gegen die deutschen und österreichischen Gewerkschaften erhobenen Vorwürfe. Er sagte: Die Deutschen seien nicht gewohnt, ohne irgendeinen Erfolg ins Blaue hinein zu protestieren. Ein Protest der Führer der deutschen Gewerkschaften wäre ein papierener Protest ohne irgendeine nützliche Wirkung gewesen, darum habe man ihn unterlassen. Außerdem sei es eine Tatsache, daß die deutschen Arbeiter die Überzeugung hatten, einen Verteidigungskrieg für die Erhaltung ihres Landes zu führen. Unter diesen Umständen habe man von den deutschen Arbeitern nicht verlangen können, daß sie die Kriegskredite verweigerten. Das wäre auf ein Umschmelzen des eigenen Vaterlandes hinausgelaufen. Der Friedensvertrag von Versailles habe bewiesen, wie richtig es ist, daß die Deutschen einen Verteidigungskrieg, einen Krieg zur Erhaltung ihres Landes führten. Bei alledem hätten die Führer der deutschen Gewerkschaften ihre Pflicht gegenüber der Internationale getan. Der Redner fragte, ob denn die englischen, französischen und italienischen Arbeiter gegen die Art, wie der Krieg von der Entente geführt wurde, protestiert hätten, ob sie gegen die Hungerblockade protestiert hätten, dagegen, daß gegen die Frauen, Greise und Kinder Krieg geführt worden sei? Die Deutschen gehen zu, daß Belgien Unrecht geschahen ist und die Deportation die schändlichste Tat wäre, die begangen werden konnte. Aber die Belgier hätten selbst helfen können, diese Tat zu verhindern, wenn sie dem Aufruf der Deutschen Gehör geschenkt hätten und freiwillig nach Deutschland arbeiten gegangen wären. Sie hätten aber gerade in dem Augenblick, wo die belgische Gewerkschaftsbewegung Gelegenheit gehabt hätte, mit den Deutschen zusammenzuarbeiten, erklärt, daß sie mit den Deutschen nichts zu tun haben wollen. Es sei Unrecht geschahen und die deutschen Arbeiter bedauern das auf das Tiefste, aber man könne von ihm und seinen Freunden nicht die Erklärung verlangen, daß die deutschen Arbeiter am Kriege schuld seien. Die deutschen Arbeiter seien ebensowenig schuldig am Kriege, wie die Arbeiter Englands, Frankreichs oder irgendeines anderen Ententelandes. Es gehe auch nicht an, die deutschen Arbeiter, die den Militarismus fürzten, als er dazu reif war, die der kapitalistischen, imperialistischen und militaristischen Regierung ein Ende machen und damit die Grundlage für eine demokratische und sozialistische Regierung schaffen, für die Wisset einer früheren Regierung verantwortlich zu machen.

Gueber (Deutschherzog) erklärte die belgische Beschwerde für berechtigt, aber auch die österreichischen Arbeiter hätten Schuld gelitten. Wir Oesterreicher sind davon überzeugt, daß in Wien die Bombe an das Pulverfaß gelegt wurde. Wir wissen nur noch nicht, wer der Verbrecher war und ob ihrer nicht mehr als einer waren. Aber wir haben die Mitteläter aus unserer Hand vertrieben. Wir Oesterreicher halten an dem Grundsatze Wilsons vom Selbstbestimmungsrecht der Völker fest und werden ohne Rücksicht auf die politischen Erwägungen an der Solidarität mit dem großen deutschen Reich festhalten. Dazu brauchen wir aber die nationale Solidarität der Arbeiter aller Länder. Es ist deshalb notwendig, daß durch die Vergangenheit ein roter Strich gezogen wird.

Compers (Amerika) sagte unter anderem: Er sei ebenso wie Gueber der Ansicht, daß durch die Vergangenheit ein roter Strich gezogen werden müsse und daß man ein neues Kapitel beginnen müsse. Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung würde nicht lieber sehen, als das. Auch sie sei bereit, an einem Sieg der Demokratie mitzuarbeiten. Aber um das zu ermöglichen, brauche man Menschen, die tun könnten und wollten, was ihre Pflicht sei.

Appleton (England) protestierte gegen die Erklärung Legiens, daß der Krieg für die Deutschen ein Verteidigungskrieg gewesen sei. Dies sei er erst nach der Varneschlacht geworden.

Yonhauz (Frankreich) sprach die Ansicht aus, daß die Führer der deutschen Gewerkschaften nicht ihre Pflicht getan hätten. Wenn die Organisationen aller Länder stets gegen den Militarismus und Imperialismus aufgetreten wären, so wäre der Internationale Gewerkschaftsbund vielleicht fast genug gewesen, um den Krieg zu verhindern. Auch er sei der Ansicht, daß die Deutschen zugeben sollten, daß sie nicht ihre Pflicht getan hätten. Im Übrigen sei aber für die Fundierung einer neuen Internationale notwendig, daß alle angaben, daß sie Fehler benannten haben.

Hierauf wurde von der französischen Delegation beantragt, eine Kommission zu ernennen, um eine Resolution betreffend eine neue Internationale auf breiterer solidairender Grundlage mit härteren Garantien für die Zukunft aufzusetzen.

Der Antrag der französischen Delegation wurde hierauf angenommen. Die Kommission, für die die Mitteläter angewiesen wurden, wird am Montag zusammentreten.

Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft. In der gestern unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Moser abgehaltenen Vollversammlung des Staatenausschusses wurde dem Entwurf eines Gesetzes betreffend die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft zugestimmt.

Das Umfassungsvergesetz beschlossen. In der heute unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Moser abgehaltenen Vollversammlung des Staatenausschusses wurde den Entwürfen eines Umfassungsvergesetzes und eines Gesetzes über das Reichsnotopfer zugestimmt.

Das Fiasco der Geheimdiplomatie.

Die Diskussion, die sich an die Erzberger'schen Enthüllungen über den englischen Friedensvertrag von 1917 angeschlossen hat, enthüllt die ganze Gefährlichkeit und Nichtswürdigkeit der Geheimdiplomatie, die Folgen ihrer Schiffe und Kniffe, mit denen sie Flug zu handeln glaubte und in Wirklichkeit Staat und Volk in den Abgrund geführt hat.

Dr. Michaelis, der politische Doppelspieler, der öffentliche Anhänger und heimliche Todfeind der Friedensresolution, meint das Prinzip der Geheimdiplomatie, über die wichtigsten Vorgänge alle Welt im Unkenntnis zu lassen, auf die Spitze getrieben zu haben. Sicher ist, daß er der Reichstagsmehrheit, mit der zusammengegangen er handelte, auch nicht ein Sterbenswort von dem Schreiben des Runtius-Barcelli mitgeteilt hat, nicht einmal den Parteiführern.

Aber selbst die ihm zunächststehenden Staatsmänner hat Dr. Michaelis nicht ins Vertrauen gezogen. Ludendorff wie Helfferich berufen sich heute darauf, daß sie erst durch die Erzberger'schen Enthüllungen das Schreiben Barcellis kennen gelernt haben. Sie haben zwar an dem Kronrat teilgenommen, der nach der Angabe des Dr. Michaelis von ihm auf das Schreiben hin erwirkt wurde und am 11. September im Schloss Bellevue stattgefunden hat, aber Helfferich behauptet, daß auch in diesem Kronrat nur ganz geheimnisvolle Andeutungen über eine Friedensmöglichkeit gemacht worden sind, die sich jetzt eröffnet habe, falls Deutschland bedingungslos auf Belgien verzichte. Ist dies wahr, so hat der Kronrat in der belgischen Frage geurteilt, ohne den konkreten Anlaß seines Zusammentritts zu kennen. Sachlich hat er, nebenbei bemerkt, so geurteilt, daß seine Stellungnahme die Fortsetzung der Friedensverhandlung verbinde, weil er die im Bordenjag abgelehnte Annexion Belgiens im Nachhinein mit dem „engen wirtschaftlichen Anschluß Belgiens an Deutschland“ wieder einschmuggelte.

Bei dieser Sachlage muß mit aller Schärfe darauf hingewiesen werden, daß hier eine verfassungsmäßig gar nicht existierende Körperhaft nach absolutistischen Methoden das Geschick Deutschlands entschieden hat und selbst diese, ohne hinreichend informiert zu sein. Schon die Verlegung der Entscheidung statt in den Ausschuß der Volksvertretung in einen ganz willkürlich zusammengelegten Kronrat kennzeichnet die Methoden des Herrn Michaelis.

Aber noch viel charakteristischer ist die weitere Behandlung der Angelegenheit. Die von Natur gegebene Weiterverhandlung über die päpstliche Kurie, von der doch der Friedensschritt ausgegangen war, lehnt Herr Michaelis ab, aus Angst, daß der Abgeordnete Erzberger von der Sache erfahren und weitere Kreise unterrichten könnte. Die Geheimdiplomatie, die das A und O aller Weisheit nur in der Geheimnistuerei sieht, vermeidet die natürliche und sachgemäße Bahn nur um des Geheimnisses willen.

In Wirklichkeit möchten wir glauben, daß Herr Dr. Michaelis von Indiskretionen des Abgeordneten Erzberger nicht sowohl föhliche als persönliche Gefahren erwartete. Seine wahre Furcht bestand nicht darin, daß Erzberger die Sache des Friedens schädigen, sondern daß er die Mehrheitsparteien unterrichten und daß auf diese Weise das Parlament die Weiterverfolgung des Friedensschrittes kontrollieren würde. Trat das ein, dann konnte Herr Michaelis allerdings nicht jene trostlose Antwort nach England gelangen lassen, die alle weiteren Verhandlungen unmöglich machte. Dann würden die Vertreter der Fraktionen auf eine klare und unzweideutige Stellungnahme bezüglich Belgiens gedrängt haben, und hätten sich nicht durch die Behauptung irreführen lassen, daß eine solche klare Formulierung zurzeit schädlich wirken könnte.

Die zwecklos lezten Endes die Geheimnistuerei war, das ergibt der Schlußabsatz der Michaelis'schen Erklärung, der zugeht, daß die Sache trotz allem den Kriegsparteien in Deutschland, England und Frankreich bekannt wurde, wodurch die Vertreter der englischen Regierung sich zu einer offiziellen Ablehnung ihres Schrittes veranlaßt sahen. Also der berühmte Kronrat hat nicht einmal dicht gehalten! Eine Politik, welche um der Heimlichkeit willen die blödsinnigsten Verrenkungen aufführt und die widersinnigsten und unsinnigsten Schritte geht, und dann trotz alledessen nicht einmal erreicht, daß die Sache wirk-

sch geheime bleibt, — eine solche Politik ist bis auf die Knochen blamiert.

Der Rechtfertigungsversuch des Herrn Michaelis kann als Folge nur haben, das Verdammungsurteil über Methode und Erfolg der Geheimdiplomatie gründlich zu bestätigen. Die Heimlichkeit ist nun einmal die beste Nährmutter des Verbrechens, und in diesem Falle hat sie ein politisches Verbrechen großgezogen, dessen Folgen gar nicht schwer genug eingeschätzt werden können: denn es hat dem deutschen Volk die Möglichkeit genommen, rechtzeitig ohne Niederlage unter Wahrung von Ehre, Ansehen und Bestand des Reiches aus dem Kriege herauszukommen, während die Fortsetzung des Krieges alles vernichtet hat.

Die altdeutsche Quetschmine.

„Enthüllungen“ über die Abdankung Wilhelms.

Die Altdeutschen möchten die Mine, die Erzberger hat springen lassen, wie man das stratagisch nennt, durch eine Quetschmine variieren. Vier konservative Blätter veröffentlichen eine angeblich „authentische Darstellung“, wie es am 9. November zur Abdankung des Kaisers gekommen ist. Sichtlich bietet diese Erklärung nichts neues, da die Darstellung sich im wesentlichen deckt mit den schon vor einiger Zeit bekanntgewordenen Veröffentlichungen des Generals Graf Schulenburg.

Wenn die Monarchisten glauben, daß diese sehr umfangreiche Darstellung bei irgendeinem Menschen außerhalb ihres engsten Kreises irgendwelche Wirkung in ihrem Sinne ausüben wird, so sind sie gehörig auf dem Holzwege. In den breiten Kreisen des Volkes wird man die Darstellung nur mit lebhafter Verwunderung und Entrüstung aufnehmen. Es geht aus ihr hervor, daß im Großen Hauptquartier bis zum letzten Augenblick mit dem Gedanken des blutigen Bürgerkrieges gespielt worden ist. Momentlich Graf Schulenburg und Generaloberst von Treppe verlangten, daß der Kaiser sich an die Spitze der Truppen stellen und Deutschland „zurückerobern“ sollte, während General Krüner angesichts der Verhältnisse diesen Plan als aussichtslos bezeichnete. Die Entscheidung fiel durch das Ergebnis einer Besprechung mit 39 Generalen und Regimentskommandeuren, die nach Spaa berufen worden waren, um über die Stimmung der Truppen zu berichten. Diesen waren zwei Prozen vorgelegt worden: Erstens, ob es möglich sein würde, daß der Kaiser an der Spitze der Truppen die Heimat im Kampf wieder erobert, zweitens, ob die Truppen den Kampf mit der Waffe gegen den Völkerrassismus in der Heimat aufnehmen würden. Der Bericht sagt:

Die Frage 1 beantwortete ein Offizier mit ja, 15 ließen die Antwort mehr oder weniger zweifelhaft, 23 verneinten die Frage. Im Gegensatz zu den Annahmen des Generals Grafen Schulenburg hatten hierbei von der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz 4 Offiziere die Verantwortung zweifelhaft gelassen, 19 sie verneinten und keiner sie bejahte. Zur Frage 2 verneinten 8 Offiziere die Möglichkeit, ihre Truppen gegen den Völkerrassismus einzusetzen, 19 ließen erst eine längere Zeit der Ruhe für nötig, um durch entsprechende Auffklärung und Uebung die Truppe für solchen Kampf in die Hand zu bekommen, und 19 ließen es zweifelhaft, ob ihre Truppen ganz oder wenigstens teilweise gegen den Völkerrassismus kämpfen würden.

Darauf wurde der Plan der „Wiedereroberung Deutschlands“ fallengelassen.

Der weitere Bericht schildert dann, wie Wilhelm sich bis zum letzten Augenblick an seinem Thron klammerte und durch alles Breden von der Idee nicht abgebracht werden konnte, doch er wenigstens König von Preußen bleiben möchte. Diese Halsstarrigkeit konnte nur dadurch überwunden werden, daß der Reichskanzler Max von Baden

von Berlin aus die Abdankung des Kaisers ohne jede Einschränkung — sowohl als Kaiser wie als König — und gleichzeitig den Verzicht des Kronprinzen auf die Thronfolge öffentlich bekanntgab. Vom Standpunkt des hoffnungslos bornierten Monarchisten aus allerdings ein ungeheures Verbrechen, vom Standpunkt des gesunden Menschenverstandes aus die einzig mögliche und vernünftige Tat. Jeder Mensch — auch ein Monarchist — mit der heischendsten Einsicht mußte sich am 9. November angesichts der ganzen Situation in Berlin und im Reich sagen, daß Wilhelms Position unrettbar verloren war, daß ein Neben am Thron ihm diesen nicht erhielt, wohl aber die Gefahr großen unnötigen Blutvergießens und schwerer Komplikationen heraufbeschwor.

Wilhelm bietet in dieser Situation genau wie in anderen entscheidenden Situationen seines Lebens das Bild des hoffnungslosen Schwächlings, der sich zu einem klaren Entschluß nicht durchringen kann, er hat nicht den Mut, auf dem Thron zu bleiben, aber auch nicht den Mut, ganz zu entziehen, er findet keinen würdigen Abgang, sondern muß mit einer energischen Bewegung entfernt werden. Das Bild ist in der Tat blamabel, aber nicht für die, die den kaiserlichen Schwächling beiseite schoben, als er gehen mußte und nicht ging, sondern blamabel nur für diesen selber. Wie die Monarchisten aus diesem Sachverhalt Wasser auf ihre Parteimühlen leiten wollen, ist uns schleierhaft. Ihre Enthüllungen werden nur dazu führen, daß das deutsche Volk Wilhelm II. als den Mann im Gedächtnis behält, der drauf und bron gewesen ist für seine persönlichen dynastischen Interessen den blutigen Bürgerkrieg zu entfesseln, nachdem er „sein Volk“, statt es herrlichen Zeiten entgegenzuführen, ins tiefste Unglück gestürzt hat.

Unabhängiger Kampf gegen das Erfurter Programm.

Abtassung des Parlaments.

Die „Freiheit“ behauptet, es verginge kein Tag, ohne daß sich die Reichssozialisten eines Verstoßes gegen das Erfurter Programm schuldig machen und führt als Beweis die Zustimmung zur Besteuerung der Händewaren an. Leider macht es die durch den Krieg hervorgerufene trostlose Finanzlage unmöglich, selbst durch die denkbar höchsten direkten Steuererlöse das gesamte Steuerföhl auch nur annähernd aufzubringen. Die Reichssozialdemokratie handelt also unter bitterem Zwang, der durch eine ganz außergewöhnliche Lage hervorgerufen ist.

Wenn die „Freiheit“ aber so hochstapelig ist am Erfurter Programm hängt, warum entläßt sie sich dann nicht über ihren unabhängigen Genossen Richard Müller, den immer noch lebenden „Reichen Müller“ („nur über meine Reiche...“), der nach dem eigenen Bericht der „Freiheit“ am Sonntag im Kampfarbeiterrat ausgerufen hat:

„Wir brauchen keine Nationalversammlung mehr!“

Die Nationalversammlung ist die denkbar genaueste Ausführung des Erfurter Programms, sie ist, genau wie dieses verlangt, gewählt worden auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Männer und Frauen über 20 Jahre, auf Grund ihres Vertrauens werden — genau wie das Erfurter Programm verlangt — die Minister bestellt, die Nationalversammlung verfaßt — wie das Erfurter Programm es will — die Volksgesetzgebung. Wenn Richard Müller sie hinweg haben will, so bekämpft er — aber ohne jeden sachlichen Zwang — auf das schärfste das Erfurter Programm. Hiergegen wendet sich die „Freiheit“ mit keinem Wort! Gibt nun für die Unabhängigen das Erfurter Programm oder nicht?

rief ich mit Verachtung. „Ja, früher war die Alte noch da, ist aber gestohlen worden.“ — „Nanu, liebe Frau, warum denn die Wanzemacherei am Tor?“ Beherzt und überlegen klang meine Stimme. „Ach, das ist für die Zöhren und die Stromer, die sollen drauhen bleiben.“

Kann nicht behaupten, sehr geistreich in diesem Augenblick ausgesehen zu haben, bekam aber Kirchschen und schritt mit Würde von dannen. Etwas entfernt, lachte ich zunächst, schämte mich dann und schälte beim Nachsinnen mehrere Erkenntnisse aus der Geschichte.

Erstens: Daß dich nicht durch härtebeißige Mienen und Grobheiten in Furcht setzen, wenn du mit gutem Gewissen ein ehrenhaftes Ziel erreichen willst. Zweitens: Bessere vor keinen Stacheln, die böshafte Jähzucht und stupide Rücksichtslosigkeit aufrechten, trittst dich zwischen und zerplüßere das Stachelholz. Drittens: Sich die jeden bissigen Hund genau an, der dich grundlos anklagt und sich anstellt, als wolle er dich zerreißeln. Wenn du die Augen weit genug aufsperrst, wirst du erkennen, daß es sich nur um ein winselndes Hündchen handelt.

Dann ah ich behaglich die Kirchschen. Sie waren gut, sehr gut sogar.

Ein großer Brückenbauer.

Ein halbes Jahrhundert ist dahingegangen, seit ein genialer deutscher Brückenbauer, Johann August Röbling, der in den Vereinigten Staaten viel bewunderte Meisterwerke vollendet hat, starb. Röbling war zu Mühlhausen in Thüringen geboren, studierte an der Berliner Bauakademie und kam mit 25 Jahren nach den Vereinigten Staaten, wo er einen Ort mit Namen Sachlenburg gründete. Sein erstes großes Werk war der Drahtseil-Hängebrücke über den Alleghany-Fluß bei Pittsburg, dem reich die Hängebrücken über den Monongahela, den Delaware und den Hudsonkanal folgten. Besonders berühmt wurde seine Hängebrücke über den Niagara, von der die berühmtesten amerikanischen Ingenieure behaupteten, daß sie unmöglich halten könne. Als sie aber 1855 vollendet war und sich vorzüglich bewährte, war damit dem von Röbling geschaffenen Prinzip der Hängebrücken, bei denen er Drahtseile verwendete, ein voller Erfolg beschieden. Noch großartiger als die Brücke, die die Niagarafälle überbrannte, war seine Brücke über den Ohio bei Cincinnati, und gekrönt wurde sein Werk durch den Entwurf der Cat-River-Brücke zwischen New-York und Brooklyn. Beim Bau dieser Brücke verunmüßte Röbling und starb am 20. Juli 1869. Das aus seinem Nachlaß veröffentlichte Buch über „Brückenkonstruktionen“ wurde bahnbrechend für die allgemeine Theorie des Brückenbaues, die diesem deutschen Pionier der Technik in den Vereinigten Staaten jodelnd dankt.

R. (eichs-) L. (ustigkeits-) W. (sche).

Die von Friedrich Hieska in München herausgegebene satirische Zeitschrift „Wespophor“ ährt: Die traurige Pleite der seinerzeitigen Reichssozialdemokratie soll, wie man munkelt, durch eine Reichssozialdemokratische Weitzemacht werden, welche die Regierung demnächst zu

Die zweitausend Mark für den Bürgermeister.

In arge Räte sind die unabhängigen Gemeindevertreter in der Stadt Zeulenroda in Thüringen geraten. Dort haben sie dem Oberbürgermeister für seinen Ferienurlaub eine Sondergabe von 2000 M. bewilligt und damit den heißen Zorn der Kommunisten erregt.

In einer öffentlichen Versammlung mußten sich die Sänder rechtfertigen. Sie machten geltend, daß der Mann seit 1910 im Amte sei und sie während der Kriegszeit sehr abgearbeitet habe. Aber sie kamen damit natürlich schlecht an; ob bei der schlechten Finanzlage der Stadt allen Beamten in dieser Weise entgegengekommen werde? Wer den Arbeitern derartige Ferienzuschüsse gäbe? Wo die allgemeine Gleichheit und der Radikalismus bleibe, wenn man in geheimer Sitzung solche Geschenke bewillige? Mit Rot und Mühe brachte man eine Resolution durch, die das Vorgehen der Gemeindevertreter mißbilligt, aber ihnen erlaubt, im Amte zu bleiben.

Was hätten die Unabhängigen gesagt, wenn irgendwo Mehrheitssozialisten 2000 M. für die Ferienreise eines Bürgermeisters aus einem Stadtsäckel herausgeholt hätten!

Unabhängige Bitte um Pressefreiheit. Wie die Unabhängigen sich die Pressefreiheit vorstellen, zeigt ein Brief, den ihr Mitglied Hauptführer Wagner an den dortigen Bürgermeister als Polizeibezugsnummer richtete und der folgenden mehr als sprechenden Schluß aufwies:

„Weiter erfuhr ich, daß Herr Stummhaar (Herausgeber des „Vögnitzer Tageblattes“, D. Red.) und Jaenic (Herausgeber der „Vögnitzer Zeitung“) die provozierende Schreibweise zu untersuchen. Diese sind die einzigen Unruhstifter.“

Warum schimpfen die Unabhängigen eigentlich über Zeitungsverbote? Sie selbst sind ja noch täglich Schreiben durchaus für politische Reglementierung der Presse!

Uebergang der Rielers Reichswehr in Zivilverwaltung. Zu den verschiedenen Stellungnahmen über die Rielers Reichswehr sahben die „F. F. N.“ von zuktändiger Stelle: Entsprechend dem Beschluß des Haushaltungsausschusses der Nationalversammlung vom 30. April d. J. geht die Reichswehr Riel und die Torpedowerk Wilhelmshaven demnächst in die Reichszivilverwaltung über. Ein Teil der Werk Riel wird als Arsenal unter Verwaltung der Marine eingerichtet. Die Hauptwerk Wilhelmshaven bleibt unter Verwaltung der Marine. Ob die der Reichszivilverwaltung zu übergebenden Teile als gewerbliche reichseigenen Betriebe weitergeführt werden, wird künftiger Prüfung noch vorbehalten bleiben müssen.

Redaktionskritik. Die „Freiheit“ behauptet, wir hätten das unabhängige Verhalten der Soldaten in Nikolassche verteidigt. Ist und natürlich gar nicht eingefallen, sondern wir haben der „Freiheit“ zu Gemüte geführt, daß ein bekannter unabhängiger Führer ähnliche Dinge begangen hat, ohne daß die „Freiheit“ sich darüber entrüstete. Wenn die „Freiheit“ erklärt, davon nichts gemerkt zu haben, so waren ihre Redakteure unter den Führern der U. S. V. sicher die einzigen, die die Geschichte nicht kannten. Im übrigen wird nun aber in einer Zukunft des in Nikolassche liegenden Truppenteils an uns erklärt, daß sich die „Freiheit“ die gesamten Anschuldigungen gegen die Soldaten glatt aus den Fingern geklopft hat. Von den angeblichen schweren Sittlichkeitsverbrechen ist dort nicht das mindeste bekannt.

Sie haben sich gefunden. Wir hatten schon hervorgehoben, daß der Bericht der „Freiheit“ über die große Aufbeimbesetzung im Weimar die Rede Erzbergers gegen die Altdeutschen ziemlich häßlich kritisierte, während Herrn von Büsse wegen seiner Angriffe auf die Reichssozialisten allehand Völkermordwürdigkeiten gejagt wurden. Die „Freiheit“ erhält jetzt die Quittung, die konservative „Post“ druckt die Ausführungen der „Freiheit“ mit großer Genugung für ihren reaktionären Beserzreis ab.

Berichtigung. In unserem gestrigen Bericht von der Nationalversammlung zu Weimar ist über den ins Hauptblatt gestellten Schluß der Rede des Genossen Wels verfehlentlich der Name des vorhergehenden Redners, Abg. Langwolt, gesetzt worden. Unsere Leser werden bereits bemerkt haben, daß es sich natürlich um den Schluß der Rede des Genossen Wels handelte. Zur Sicherheit stellen wir dies hiermit nochmals fest.

„Bissige Hunde“.

Von Heinrich Goeres.

Es muß schon ein recht „widriges Stel“ sein, das imstande ist, ein Plakat mit solcher Aufschrift anzubringen. Berufsmäßige Einbrecher, intelligente Diebe, Kriegsgewinnler, Wucherer und ähnliche Leute lassen sich dadurch nicht schrecken. Sie wissen auch bissige Hunde zu beschäftigen bei ihrem Handwerk, die Besitzergrenzen dieser Erde zu ihren Gunsten zu verwischen. Der Menschenfeind, der sanfte Hundebittere zu blutigeren Bestien erzogt, nimmt vielmehr spielende Kinder, armselige Bettler und harmlose Wanderer aufs Korn, um ihnen seinen tobsüchtigen Eigentumsbegriff ins Gesicht zu schreiben.

Also, der Krugwirt im Dorf sagte, bei dem und dem Bauern gäbe es Kirchschen zu kaufen. Für den Erholungsmarsch durch die Getreidefelder erschienen einige Kirchschen immerhin begehrenswert. Irgeztwelche Hamsterunternehmungen daran zu knüpfen, empfahl sich nicht. Unsere landbauenden Volksgenossen in der Umgebung der großen Stadt sind ganz genau unterrichtet, was auf dem Potsdamer Platz das Pfund gilt. Darunter tun sie es nicht. Sie huldigen in dieser Beziehung dem demokratischen Grundgesetz: Gleichheit und Brüderlichkeit.

Der Kirchsenerzeuger beschaf einen weiten Obstgarten hinter der das Grundstück von der Straße abschließenden Mauer. Das Vorkentor war nur eingeklinkt, aber mit scharflich schwarzen Buchstaben drohte auf hellem Grunde das Donnerwort: „Bissige Hunde.“

Keine Kriegshofen sind mir lieb. Sie begleiteten mich durch alle Behördlichkeiten der Stadtbadzeit und ertrugen vor kurzem sogar eine bei ihrer Schöpfung nie geahnte Operation, bei der ihr Innerstes sich nach außen wendete. Ich liebe sie und würde sie nur mit Widerstreben Festigkeitsproben durch ein Pödergebüß aussetzen. Doch die einmal erwachte fast sündhafte Lust nach feischem Obst wühlte in Magen und Gemüt. Beide miteinander kämpfenden Triebe bewirkten eine Sonderbarkeit der Vormärtsbewegung, die mit menschlicher Vorgart nur noch geringe Verwandtschaft gezeigt haben muß. Sichtlich erstarrt sah die Frau am Eingang des zwischen den Bäumen liegenden Hauses dem nähereilehenden Eindringling mit dem vorgehaltenen Stock entgegen. „Was wollen Sie?“ rief sie unerschrocken. Stehenbleibend schlüpfte ich hinüber: „Kirchschen.“ — „Na, dann kommen Sie doch ruhig herein!“ Trotz des Bewußtseins, äußerst ruhig vorzugehen zu sein, nahm meine Behutsamkeit zu. Rechts und links suchten die spähenden Blicke nach herborbrechenden Ungeheuern. Sie erschienen nicht und ich schlüpfte zur Tür hinein.

Einwandfreies Vertrauen schenken mir die ländliche Dame noch nicht entgegenzubringen, so daß ich erklärend forschte: „Ihre Hunde, wo sind sie?“ — „Wir haben nur den Kleinen da,“ antwortete sie und wies auf ein schwarzbraunes, spannzahnes Wesen, das an meinen Stiefeln schnupperte. „Ist das alles?“

berordnen headständig. Damit im vornhinein die Gewähr geboten ist, daß es nicht wieder schief geht — mit der Taxer hatte man sich überlich gemacht und nun will man sich mit einer offiziellen Reichslosigkeit unter keinen Umständen zum Winken blamieren —, sollen diesmal der Anordnung genaue Einzelbestimmungen beigefügt sein. § 1 bestimmt Zeit und Dauer der N. L. W.; § 2 besagt, daß jeder Deutsche in dieser Zeit Lustig zu sein hat; § 3 empfiehlt eine Reihe von Punkten, auf die jedermann ohne Ansehen laden kann (Reichsfestungen, Revolutionserinnerungstagen, Parteigößen, Staatsmänner, Lebensmittelpreise usw.). § 4. In Theatern und Kinos dürfen in der N. L. W. nur so lächerliche Sachen wie gewöhnlich gespielt werden. § 5. Bei allen Versammlungen politischen oder rassistischen Charakters während der N. L. W. findet ein viertelstündiges Demonstrationsspiel statt. § 6. Wer nicht lacht, wird bestrafung und in Switruis für ewige Zeiten zum Andenken an das 1. Revolutionärsjahr Deutschlands aufbewahrt.

Inßerdem gehent die Regierung auch den Sonnenschein und den Vollmond offiziell zu ersuchen, auch ihrerseits in der N. L. W. auf Teufelhand zu lachen.

Die Reichslosigkeitsschwärze soll dann auf staatlichem Wege unter freundschaftlicher Mitwirkung der Allierten in eine Reichslosigkeitsschwärze übergeführt werden.

Notizen.

— Räuse erbeiten! Die Biologische Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft in Toblem fordert Lehrer auf dem Lande und naturwissenschaftliche und landwirtschaftliche Vereine auf, bei einem staatlichen Forschungsunternehmen zur Bekämpfung der Räuseplagen mitzuarbeiten. Die verschiedenen Räusearten unterscheiden sich nicht merklich in ihrem Verhalten gegenüber den verschiedenen Bekämpfungsmitteln. Es erscheint wichtig, die Verbreitung und Häufigkeit der einzelnen Räusearten in Deutschland festzustellen. Tote und lebende Räuse werden erbeiten. Für jede eingefischerte Räuse werden auf Wunsch 50 Pf. vergütet. Fragebogen zur Eintragung der den Fund betreffenden Angaben werden kostenfrei zugestellt.

— Müllers Hülfeherhalter. In der „Weltbühne“ zeichnet Johann Fischer mit schönen charakteristischen Strichen die Persönlichkeit Hermann Müllers. Folgender Vorgang läßt die Art unseres Genossen deutlich erkennen: In Versailles benahm sich Müller leicht und würdig. Kein Inartieren. Keine „Aufmachung“. Nichts. Er trat zusammen mit Bell in den prunkenden Spiegelaal, wo alle die Illustren Häupter der Entente zu einem Schaugericht versammelt waren. Ichnte mit einer unauffälligen Geste die Paradebühne der in den Schöf Frankreichs zurückgeführten Elia-Lothinger vor dem Tintenfah ab, zog aus seiner Tasche einen Hülfeherhalter und setzte ruhig seinen Namen unter das Dokument.

— Friedrich Grümmacher, der Bürgerlich-Konzertmeister, den erfolgreiche Konzerte in ganz Deutschland bekannt gemacht haben, ist gestorben. Er war ein Reffe des hervorragenden Komponisten Grünmader.

— Gustav Rehus, der namhafte schwedische Anatom, der auch als Zoologe, Mikroskopiker und Dichter hervortrat, Abkömmling einer berühmten Naturforscherfamilie, ist 77 Jahre alt in Stockholm gestorben. Von 1877 bis 1890 hatte er einen eigens für ihn geschaffenen Lehrstuhl für Gewebelehre inne.

Der Streik in den Siemens-Werken.

Eine Mahnung zum Frieden.

Eine Versammlung der Angestellten des Kabelwerks der Siemens-Schuckert-Werke nahm Stellung zu dem Streik der Arbeiter und beschloß folgende Erklärung:

„Die Versammlung beurteilt das Enternen der Anschläge durch die Arbeiter als unpassend und unbedacht, empfinden aber die seitens der Werkleitung zur Strafe dafür ausgesprochene Entlassung als Maßregelung der Vertrauensleute und als zu hart. Die Angestellten bedauern es auf das tiefste, daß die Firmenleitung die ihr von der Arbeiterschaft angebotene Hand, die einen erneuten Kampf in der Metallindustrie, eine erneute Rahmung eines so wichtigen großen Industriezweiges Deutschlands vermeiden wollte, zurückgestoßen und die Entlassung von Tausenden von Arbeitern ausgesprochen hat.“

Die Angestellten erwarten von der Einsicht, sowohl der Werkleitung als auch der Arbeiter, daß sie das Vorkommnis nicht zu einer Staatsaktion aufbauen und dadurch einen in dem gegenwärtigen Moment doppelt verwerflichen Machtkampf heraufbeschwören, sondern daß beide Parteien zu einer, beide Teils befriedigenden Verständigung zu gelangen versuchen.

Obwohl selbst in schweren Kämpfen wegen der Tarifverträge stehend, und in dem Bewußtsein, daß diese Kämpfe die schwersten Ansprüche an die Angestellten stellen werden, halten sie es hiermit doch für ihre Pflicht, den Arbeitern ihre volle Sympathie zum Ausdruck zu bringen, und versprechen, die Aktion der Arbeiterschaft in geeigneter Weise zu unterstützen.“

Der Telegraphenarbeiterstreik.

Wie die P. P. N. erfahren, haben gestern auf Ersuchen der Telegraphenarbeiter Groß-Berlins vormittag bei der Oberpostdirektion neue Verhandlungen stattgefunden. In diesen Verhandlungen haben die Telegraphenarbeiter nach längerer Erörterung folgende Erklärung abgegeben:

„Wir ersuchen die Verwaltung um Wiederaufhebung der Groß-Berliner Telegraphenarbeiter, Vorarbeiter und Handwerker einschließlich der vom 22. Juli ab Entlassenen zum Dienst. Wir übernehmen für die Telegraphenarbeiter, Vorarbeiter und Handwerker des Bezirks die Gewähr, daß sie sich in Zukunft an politischen (partei-politischen) Streiks und Demonstrationen während der dienstlichen Dienst- oder Arbeitszeit nicht beteiligen. Dagegen können wir die von der Verwaltung aufgestellten beiden anderen Forderungen:

1. Daß wir von dem Rechte der Arbeitsniederlegung aus wirtschaftlichen Gründen erst dann Gebrauch machen dürfen, wenn alle friedlichen Mittel erschöpft sind und ein ordnungsmäßiger Schiedspruch über den Gegenstand des Streites ergangen ist.

2. bei allen Arbeitsniederlegungen die ordnungsmäßige Kündigungfrist einzuhalten und Kontraktbruch zu vermeiden, nicht ohne weiteres anzunehmen. Wir sind aber bereit, uns einer Entscheidung zu unterwerfen, die zu diesen beiden Punkten von dem Reichsarbeitsministerium in besondere Verhandlung unter Ausziehung der Verwaltung und der Arbeitnehmer getroffen wird. Ebenso bitten wir, daß die Frage wegen Nachzahlung von Löhnen für die vom 22. Juli ab entlassenen Arbeiter und Handwerker vom Minister geprüft und gegebenenfalls von ihm dem Lokalanwalt des Reichsarbeitsministeriums überwiesen wird. Wir nehmen die Arbeit sofort geschlossen wieder auf, wenn der Minister seine Genehmigung erteilt hat.“

Der Bezirksverein Berlin des Verbandes Deutscher Telegraphenarbeiter, Vorarbeiter und Handwerker.
Die Verhandlungskommission der Groß-Berliner Telegraphenarbeiter.“

Die Oberpostdirektion wird die Angelegenheit dem Minister zur Entscheidung unterbreiten. Sie hat in der Verhandlung ausdrücklich erklärt, daß sie eine Gewähr dafür, wie die Entscheidung des Ministers ausfallen wird, nicht übernehmen könne, insbesondere wird die Frage wegen Nachzahlung des Lohnes aus grundsätzlichen Erwägungen Bedenken unterliegen.

Von anderer Seite wird uns gemeldet: Von dem Bescheid des Ministers, der im Laufe des heutigen Tages erwartet wird, wollen die Telegraphenarbeiter ihr weiteres Verhalten, namentlich die Proklamierung des Generalstreiks in ganz Deutschland abhängig machen.

Eine heute abend stattfindende Versammlung der Telegraphenarbeiter wird zu der Angelegenheit Stellung nehmen. Den Streikenden ist eine Sympathieerklärung aus Wien zugegangen. — Eine gestern abgehaltene Versammlung der Berliner Postboten und Posthilfskräfte beschloß ebenfalls eine Sympathierevolution.

Gewerkschaftsbewegung

Forderungen der Postboten und Hilfskräfte.

In der starkbesuchten Versammlung der Postboten, Hilfskräfte und Reinemachefrauen im Ober-Postdirektionsbezirk Groß-Berlin, die am Sonntag im Gewerkschaftshause stattfand, referierte Schmidt. Die im April aufgestellten Forderungen seien durch den Schiedspruch vom 22. Mai nur zum Teil erfüllt worden. Die Löhne der Hilfskräfte seien ziemlich gering. Bedeutend schlechter stehen es aber noch die Postboten. Postboten bis zum 18. Jahre erhalten 6,16 Mark, über 18 Jahre 6,46 Mark, über 20 Jahre 7,80 Mark und Verheiratete 10,46 Mark Tagelohn. In dem aufgestellten Tarifvertrag wird unter anderem gefordert: Nach einer Dienstzeit von 8 Jahren sollen die Postboten und Hilfskräfte Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung erhalten. Bei Neueinstellung von Arbeitskräften haben sich die Postdienststellen des Arbeitsnachweises der Stadt Berlin zu bedienen. Das Mitbestimmungsrecht ist den Angestellten zu gewähren. Als Tagelohn wird gefordert für männliche Postboten und Hilfskräfte: unter 18 Jahren 9 Mark, über 18 Jahren 13 Mark, Verheiratete 15 Mark; männliche Hilfskräfte im mittleren Beamtendienst: unter 18 Jahren 4,50 Mark, über 18 Jahren 14 Mark, Verheiratete 16 Mark; weibliche Hilfskräfte: unter 18 Jahren 7,50 Mark, über 18 Jahren 11,50 Mark, Witwen mit eigenem Haushalt 14,50 Mark; weibliche Hilfskräfte im mittleren Beamtendienst: unter 18 Jahren 8 Mark, über 18 Jahren 12,50 Mark, Witwen 14,50 Mark; Kraftwagen- und Pferdewagenführer: unter 18 Jahren 9,50 Mark, über 18 Jahren 14 Mark, Verheiratete 16 Mark; Reinemachefrauen: pro Stunde 1,20 bis 1,40 Mark für jedes versorgungsberechtigte Kind wird für alle Kategorien ein Zuschlag von 1 Mark pro Tag verlangt.

Zur Tarifbewegung wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die sich mit der Formulierung der Forderungen einverstanden erklärt und die Lohnkommission und die Vertreter des Deutschen Transportarbeiterverbandes beauftragt, sofort Verhandlungen mit der Ober-Postdirektion anzuknüpfen.

Der Streik der Holzplaharbeiter und Bretterträger.

In der Versammlung der streikenden Holzplaharbeiter und Bretterträger, die am Sonntag abgehalten wurde, gab B. I. J. bekannt, daß wieder einige Firmen dem Tarif zugestimmt haben, die nicht zum Verein der Berliner Holzplahhändler gehören. Eine Firma habe auch die Forderungen der Russler auf 120 Mark Wochenlohn und Ueberstunden 3,75 Mark zugestimmt. Die Firma Neumann u. Dahle habe alle entlassen. Barbig teilte mit, daß die Firma Berliner Holzplahhändler bereits geneigt war, einen Tarifvertrag abzuschließen, dieselbe sei aber durch den Druck der Unternehmer gezwungen worden, wieder davon Abstand zu nehmen.

Die Versammlung beschloß, auf das Angebot eines Stundenlohnes von 2,50 Mark und eines Affordlohnes von 4,50 Mark für den Sublimeier nicht einzugehen, sondern den Streik fortzusetzen, bis günstigere Bedingungen erreicht werden.

Der Verband der Bureauangestellten

hielt am Freitag in Haberlands Festsaal seine Vierteljahrsversammlung ab. In seinem Tätigkeitsbericht führte Bauer u. a. aus: Die nächsten Wochen, wenn nicht schon Tage, werden schwere Kämpfe bringen, wie die Organisation sie noch nicht erlebt hat. Die allgemeine wirtschaftliche Lage ist so traurig, daß eine große Zahl Angestellter trotz der Reduzierung der Lebensmittelpreise mit ihrem Gehalt nicht auskommt. Die Unternehmer haben ihre Kräfte wieder gesammelt und glauben nun der Oeffentlichkeit ihre Macht zeigen zu müssen. Der politische Druck der Arbeiterschaft hat ein Uebriges getan, um den Mut der Unternehmer anzuweilen zu lassen. Aber wenn jeder auf seinem Platz steht, hoffen wir den Kampf gewinnen zu können. Die Tätigkeit des Verbandes war in den letzten Monaten hauptsächlich darauf gerichtet, die vielen neu gewonnenen Mitglieder zu Gewerkschaftlern zu erziehen. Der Verband wird in der nächsten Zeit mit sämtlichen Gemeinden über den Abschluß eines Tarifvertrages in Verhandlungen eintreten. Redner bespricht dann die teilweise sehr traurige Lage und gewerkschaftliche Unzuverlässigkeit einiger Sparten. Den Industriebeamten stehen auf Grund des Vorgehens in der Arbeiterschaft schwere Kämpfe bevor. Bei der Zusammenlegung bzw. Auflösung von Staatsbetrieben werden vornehmlich die Vertrauensleute entlassen. Es ist darauf zu achten, daß das den Angestellten zustehende Mitbestimmungsrecht bei Entlassungen nicht übergangen wird. Redner warnt davor, wegen dieser Angelegenheiten zu wilden Streiks zu greifen, die stets nur die Angestellten schädigen. Auch die politischen Streiks verurteilt der Verband prinzipiell. Es ist Sache der einzelnen Betriebe, darüber zu entscheiden. Im Interesse der Allgemeinheit ist alles Trennende zurückzustellen und das Einigende hervorzuheben. (Beifall.)

In der Diskussion wurde gefordert, daß in den Staatsbetrieben mehr Kriegsschädigte zu anständigen Gehältern angestellt werden. Ein Redner verlangte die Beseitigung der „Dummkopfabteilung“ in den Gewerkschaften und die Schaffung harter Kampforganisationen. Er wünschte weiter, daß sich, wenn ein politischer Streik in einem Betriebe mit Mehrheit beschlossen wird, auch diejenigen an ihm beteiligen, die wegen ihrer politischen Stellung solchen Streiks ablehnend gegenüberstehen. (Nicht Bekämpfung der eigenen Partei durch Streik? Red.) Von Seiten der alten Angestellten wurde darüber geltend gemacht, daß ihnen von den Unternehmern sehr oft ein „zu alt“ entgegen gerufen wird, wenn sie sich um Anstellung bemühen, trotzdem sie zum Kriegsdienst noch nicht zu alt waren.

In seinem Schlußwort erklärte Bauer, daß bezüglich der letzten Beschwerde bereits Verhandlungen geführt werden. Er forderte die Beseitigung der Geheimräte in den Ministerien, die sich als schützende Damm vor die Minister stellen, um so die Durchführung der Arbeiterforderungen zu verhindern.

Die Versammlung beschloß, die Forderungen zu erhöhen und für die fünf Vertragsklassen gestaffelte Beiträge von 1 Mark bis 4,50 Mark pro Monat zu erheben. Einstimmig wurde die Zustimmung zur Verschmelzung des Verbandes mit dem „Zentralverband der Handlungsgehilfen“ und dem „Verband der Versicherungsbeamten“ zu einem „Zentralverband der Angestellten“ erteilt.

Telegraphenarbeiter! Montag, den 28. Juli, abends 7 Uhr, findet eine große Versammlung aller Telegraphenarbeiter, Vorarbeiter und Handwerker mit Frauen im Großen Saale der Schultheißstraße, Halensende 22, statt. Eintrittskarten werden durch die Kollegen vorerst selbst abgegeben. Erscheint in Massen!

Einsparlicher, Einsparner, Kostenboten. Am Dienstag, den 29. Juli, im Lokal von Wegener, Schulstr. 30, am Spittelmarkt, Vertrauensmännerversammlung.

Verantwortlich für Postteil: Peter Alder, Charlottenburg, für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Schulz, Neukölln; für Anzeigen: Theodor Glöck, Berlin. Verlag: Hermann-Brosch & Co. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Brosch-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 8.

Nach hartem Krankenlager bei einer schweren Operation erlosch am 24. Juli mein innig geliebter, treusorgender Mann, mein lieber, guter Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Richard Schimke
im Alter von 43 Jahren.

Um dieses Beileid bitten & trauernd Hinterbliebenen

Jda Schimke
und Tochter **Jelba**,
Berlin-Lichtenberg, 9405

Die Beerdigung findet Dienstag, den 29. d. Mts., nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Marzahn Friedhofes aus statt.

„Mittwoch 8. u. 9. Aug. 1919“

Geldlotterie
Zur Bekämpfung d. Tuberkulose
3702 Geldgew. bar ohne Abz. M.

125000
60000
20000

Empfänger:
Lose à M. 3.00
für Porto u. Liste 50 Pf. mitinsend.

Emil Stiller Bankhaus
Hamburg, Holzdamm 39.
No rechtsch. Bestätigung

Belehrung des Bundes Berlin 54. 66. Lindenstr. 3

Soeben erschien in Hefen, neubearbeiteter Auflage:

Referenten-Führer
von **Eduard David**
Preis 3 Mark

Aus dem Inhalt:
Die vornehmlichen Voraussetzungen politischen Wirkens. — Die allgemeine Bildung. — Die politische Jugendbildung. — Wie sammle und ordne ich das Tagesmaterial? — Wie erziehe man eine Rede aus? — Die Zeitung des Sprechers. — Winke für das Referent.

Das Buch soll allen begabten und strebsamen heranwachsenden Mitbürgern die Bahn öffnen. Auch mancher alte Referent findet in dem Buche die eine oder andere ihm neue und wertvolle Anregung.

Zu beziehen durch die Sortimentsbuchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 2



Kinobilder bei Tageslicht

machen jedes **GARTENLOKAL** brechend voll!!!

Überzeugen Sie sich unverbindlich von der Schönheit u. Plastik der Bilder bei der

PETRA-A.G. für Elektromechanik • Berlin C19
Alleinige Fabrikanten u. Patentinhaber

Tel. Zentr. 3142

Da Aluminium enorm gestiegen ist, gebe ich nur noch bis zum 5. August diese

4 Rein Aluminium-Kochtöpfe

Inhalt 4 3 2 1 1/2 Liter mit Deckel (eigenes Fabrikat)

zu M. 50,00 gegen Nachnahme ab. (Bedingung ist bei Bestellung dieses Inserat mit einzusenden.)

Aluminium-Prägewerk Seuthe in Holtzhausen bei Pieltzenberg.

Spezialarzt Dr. Hasché
Erdreichstr. 10-11, 5-6, Sonnt. 10-11
Erdreichstr. 90

Heil-Institut Kühn
Ecke Breslauer Str., dicht am Schles. Bul.
Sprechz. 10-12, 3-7, Sonnt. geschlossen.
Harn- u. Blutuntersuchungen.

Heil-Anstalt „Löser“
Münzstraße 9, nahe Alexanderplatz, 9-11, 4-8.
Harn- u. Blutuntersuchung. Licht- u. Pflanz-Behandl.

Dentozon
antiseptische Mundwasser-Tabletten
Der neueste Fortschritt in Zahn- und Mundpflege-Hygiene.
Jeder stellt sich sofort sein tägliches Mundwasser selbst her.

Die Lebensmittelpreise kürzen mit der Zwangswirtschaft. Die Wirkungen des freien Handels sind: mehr Ware, niedrigere Preise.

Maismehl, goldweiß, prima Ware	1 Pfd.	2,00 M.
Gebirgsbrot, brennendes, 40 Gramm, festig u. süß	1 Pfd.	2,-
Gemüse-Erdbeeren, festigste Ware	1 Dose	1,50
Wickelfisch in Öl, mit Glas	1 Pfd.	5,-
Essigsäure, 1 Liter, mit Wasser gefüllt	1	2,80
Schokolade in Gelbe	4 Pfd.-Dose	10,-
Perminerte Schokolade	1 Pfd.	1,-
Gebirgs-Rastoff, gefüllte Ware	1	1,80
Reich, feste	1	1,50
Wickelfisch, 1 Liter	2 Pfd.-Dose	12,-
Sultana	1/2 Pfd.	2,-
Rührlöffel in 1 Kilogramm-Paket	Dose	3,50
Krautextrakt	Dose	1,95
Waldol-Krautextrakt, fest 4,10, fest	Dose	2,05
Schokolade, ausländische Marke, fest	1 Pfd.	16,-

Abgabe erfolgt an jeden Groß-Berliner Einwohner markentfrei.

Gemeinde Berlin-Britz.
Verkaufsstelle Hanneemannstraße 4492*
Geöffnet von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, täglich.

Spezial-Behandlung
elektr. Durchleucht. Harn-Blutuntersuchung
Ostheim, Alte Schönhauser Str. 85. 9-1, 3-8, Sonnt. 9-1.

Wie ein Wunder
besiegt
San-Rat Haussalbe
Dr. Straß's
jed. Hautausschlag, Flecht, Hautjuck., bes. Beloschad., Krampfadern der Frauen u. dergl. in Originaldosen 4 30. 750 erhältlich in der „Elefant-Apotheke“
Berlin 213, Leipziger Straße 74 (a. Dönhofspl.)

Möbel!
Möbel aller Art
kauft man preiswert nur in der bekannten
Möbelhalle „osten“
Berlin, Alexanderstr. 14b. (Ecke Schicklerstraße).

Buchhandlung Vorwärts
G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Ein Marx-Brevier!
Geschichtliche Tat

Blätter und Sätze aus den Schriften und Briefen von Karl Marx. Auswahl und Gruppierung von Franz Diederich. geb. Mk. 4,50

Klempner gesucht
auf Wagen- und Karosseriebau. Es wird nur auf eingearbeitete Leute reflektiert. 435D*
Alexis Kellner
Berlin NW. 87
Kaiserin - Augusta-Allee 101.